



Vor Ort

18. Jahrgang. Oktober 2009



Anfang
Beginn
Start

Parkgebühr ab Herbst 2010 14
Pankow hat Stadtteilzentrum 12
Neubau in der Königstadt 16

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Energieberatung Prenzlauer Berg

Schönhauser Allee 63; ☎ 44 04 25 68
www.energieberatung-pb.de
Email: info@energieberatung-pb.de

Kieztreff Gleimviertel

Kopenhagener Straße 50,
Dienstag und Mittwoch 15 bis 20 Uhr,
Samstag 10 bis 15 Uhr, ☎ 44 12 459,
Email: kieztreff@gleimviertel.de

BSR-Recyclinghof

Prenzlauer Berg: Behmstraße 74
Heinersdorf: Asgardstraße 3
Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr;
Samstag 7 bis 14.30 Uhr

»Vor Ort« im Internet

www.mieterberatungpb.de

Konzerte im Rathausaal

Nach zweijährigen Bauarbeiten im historischen Saal des Pankower Rathauses an der Breite Straße wird im Rahmen der offiziellen Wiedereröffnung des restaurierten und modernisierten Saals am 12. Oktober um 19.30 Uhr die traditionsreiche Reihe der Rathauskonzerte wieder aufgenommen. Das erste Konzert wird unter dem Titel »BLUE RONDO« von Triosphäre mit Kammermusik für Violine, Violoncello und Klavier gestaltet. Bezirksbürgermeister Matthias Köhne ist Schirmherr der Veranstaltungsreihe, die über Eintrittspreise und den diesjährigen Sponsor ALBA finanziert wird. Der Eintritt kostet 8 EUR, Ermäßigungen gibt es für Rentner (5 EUR) und für Schüler (3 EUR). Bestellungen sind unter ☎ 44 65 18 70 oder ☎ 49 85 250 möglich. Karten gibt es auch in der Theaterkasse im Pankower Rathauscenter.

Bibliothek bleibt geöffnet

Die Bemühungen der BVV und des Bezirksamts, den angedrohten Ausschluss der von Ehrenamtlichen betriebenen Kurt-Tucholsky-Bibliothek in der Esmarchstraße aus dem Verbund Öffentlicher Bibliotheken Berlins (VÖBB) zu verhindern, sind erfolgreich gewesen. Kulturstadtrat Michail Nelken hat jetzt mitgeteilt, dass im Ergebnis zweier VÖBB-Konferenzen und nach Abstimmung mit Berlins Datenschutzbeauftragten verabredet wurde, die Tuchol-

sky-Bibliothek sowie eine weitere ehrenamtlich geführte Bücherei in Tempelhof-Schöneberg nicht aus dem Verbund auszuschließen, wenn die vom VÖBB geäußerten datenschutzrechtlichen Bedenken durch eine technische Lösung entkräftet werden oder, wie jetzt in der Tucholsky-Bibliothek, zunächst auch hauptamtliches Personal eingesetzt wird. Seit Mitte Juli ist in der Esmarchstraße nun eine hauptamtliche Bibliothekskraft an der Seite der Ehrenamtlichen tätig.

Weinbau in Prenzlauer Berg

Noch bis zum 4. November wird in der Ausstellungshalle des Museumsverbands Pankow in der Prenzlauer Allee 227 die Ausstellung »Reben, Ranken, Riesling – Berliner Weinbaugeschichte« gezeigt. Bereits im 12. Jahrhundert gelangte der Weinbau in die Mark Brandenburg. Klöster und Fürstentümer hatten großen Bedarf, und Berliner Kaufleute lieferten den Wein über Hamburg bis nach Flandern. Im 16. Jahrhundert besaß Berlin 70 Weinberge und 26 Weingärten. Seit über zehn Jahren wird wieder an die alte Weinbautradition erinnert. 1999 wurden in Prenzlauer Berg 400 Rebstöcke gepflanzt und 2003 der erste »Berliner Riesling« gekeltert.

Breiten Raum nimmt in der Ausstellung die Vorstellung Berliner und Brandenburger Weinbaustandorte ein. Die Berliner Weinbaugeschichte konzentriert sich auf Prenzlauer Berg, Spandau und die Tempelhofer Berge. Seit der Antike

inspiriert der Wein auch Künstler, selbst Flasche, Etikett und Trinkgefäß wurden zu Kunstobjekten. Auch daran erinnert die Ausstellung, die gemeinsam vom Museumsverband Pankow, der LOWTEC gGmbH und dem Förderverein Weingarten Berlin e.V. erarbeitet wurde.

Im Rahmen der Ausstellung gibt es am 17. Oktober von 14 bis 21 Uhr die »Berliner Weinprobe«, und am 23. und 24. Oktober werden zur selben Uhrzeit die »Brandenburger Weintage« präsentiert.

Die Ausstellung ist sonntags bis donnerstags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei.

Lewaldplatz bleibt Grünfläche

Das Bezirksamt hat beschlossen, den Lewaldplatz im Erhaltungsgebiet Humannplatz mit einem Bebauungsplan zu sichern. Das 2.500 m² große Grundstück zwischen Kugler-, Lewald- und Scherenbergstraße wird seit Anfang der 60er Jahre als Erholungs- und Spielfläche genutzt und befindet sich heute im Eigentum der Deutschen Post. Der Lewaldplatz ist die einzige Freifläche im Quartier südlich der Wisbyer Straße und gilt als eine gewidmete Grünanlage. Dies kann jedoch nicht als planungsrechtliche Sicherung gewertet werden, da der Eigentümer seine Zustimmung zur öffentlichen Nutzung jederzeit zurücknehmen und die Herausgabe des Grundstücks fordern kann. Im Zuge der Neugestaltung der Anlage soll der nur 210 m² große Spielplatz um 800 m² erweitert werden.

Die Weichen sind gestellt

Beschlossener Etatentwurf eröffnet Pankow neue Chancen **Von Albrecht Molle**

Die Tagung der Bezirksverordnetenversammlung am 23. September hatte zwei Höhepunkte. Gleich zu Beginn wurde Pankow als letztem der zwölf Bezirke durch einen Senatsvertreter endlich sein Wappen verliehen, um dessen Gestaltung es monatelange innerbezirkliche Querelen gegeben hatte. Die Verleihungszeremonie im mit dem Wappen geschmückten BVV-Saal in der Fröbelstraße dauerte ganze drei Minuten. Absolutes Highlight war dann die auch von zahlreichen Gästen gespannt verfolgte Debatte, die der Beschlussfassung der BVV zum Entwurf des Bezirkshaushalts für die Jahre 2010 und 2011 vorausging. Eile war geboten, denn das umfangreiche Zahlenwerk musste bereits am nächsten Tag der Senatsverwaltung für Finanzen zur Prüfung übergeben werden. Der mühsame Versuch, den vom Bezirksamt vorgelegten und in vielen Punkten umstrittenen Entwurf durch eine Flut von Änderungsanträgen in eine für alle Fraktionen einigermaßen akzeptable Form zu gießen, nahm fast fünf Stunden in Anspruch. Es gab mehrere Auszeiten, in denen man sich zu internen Abstimmungen zurückzog. Trotzdem sah es lange Zeit danach aus, als komme man an diesem Abend nicht zu Potte. Erst ein gemeinsames Papier von SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen, das gegen Tagungsende auf den Tisch kam und in dem sich auch einige Vorschläge der CDU-Fraktion wiederfanden, sorgte für klare Verhältnisse. Es wurde mit der Stimmenmehrheit der drei einreichenden Fraktionen angenommen. Die CDU-Verordneten enthielten sich der Stimme, nur die vierköpfige FDP-Fraktion stimmte dagegen.

Ausgeglichenheit hat Priorität

Als wichtigstes Ergebnis des Debattemarathons, der bereits Wochen zuvor in den Fachausschüssen der BVV begonnen hatte, steht nun zu Buche, dass der Pankower Haushalt,

der 2010 ein Volumen von 654 Millionen EUR und 2011 einen Umfang von 666 Millionen hat, ausgeglichen gestaltet werden konnte. »Das ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, das die vorläufige Haushaltswirtschaft, unter die Pankow Anfang 2009 wegen nicht aufgelöster Defizite gestellt wurde und die unseren Handlungsspielraum stark eingengt hat, mit Beginn des neuen Haushaltsjahres am 1. Januar 2010 aufgehoben wird«, sagte Bezirksbürgermeister Matthias Köhne. Diese Entscheidung falle voraussichtlich Ende November. Als hilfreich werde sich auch das zweijährige Moratorium erweisen, das der Finanzsenat dem Bezirk bei der Tilgung seiner auf 30 Millionen EUR bezifferten »Altschulden« eingeräumt hat. Diese sind zum Großteil auf gesetzlich geregelte und somit unabwendbare Mehrausgaben zurückzuführen, die Pankow zwischen 2002 und 2004 zu tätigen hatte und die der Senat dem Bezirk nicht in vollem Umfang erstattet hat. Die Atempause beim Schuldenabbau versetzt den Bezirk nun in die Lage, bislang gesperrte Investitionsmittel

für die Realisierung bereits geplanter Vorhaben einzusetzen.

Den aus Sicht der Betroffenen positiven Resultaten der Haushaltsdebatte der BVV, zu denen u. a. der Erhalt des festangestellten Lehrkörpers der Musikschule »Bela Bartok«, die Aufstockung der Mittel für die freie Wohlfahrtspflege, die fortgesetzte Förderung freier Kunstprojekte und freier Träger im Kinder- und Jugendbereich sowie die weitere Finanzierung der Mieterberatung in den Milieuschutzgebieten des Bezirks zählen, stehen allerdings zum Teil deftige Einschnitte in anderen Ressorts gegenüber. So fallen im Bereich Grünflächenunterhaltung 28 Gartenarbeiterstellen weg, was durch die Erhöhung der Unterhaltsmittel um 100.000 EUR pro Jahr wohl nur teilweise kompensiert wird. Reduziert werden sollen auch die Personalkosten im Leitungsbereich des Kulturamts. Beträchtliches Einsparpotenzial in zweistelliger Millionenhöhe sehen Bezirksamt und BVV bei der weiteren Senkung der Betriebskosten bezirkseigener Immobilien. So soll das bereits an 15 Pankower Grundschulen erfolgreich praktizierte Energiesparprojekt auf alle kommunalen Gebäude übertragen werden. Vorgesehen ist auch die Abgabe weiterer, von der Verwaltung nicht mehr benötigter kommunaler Immobilien an den Liegenschaftsfonds Berlin.



©Hartmut Seefeld

Auch die marode Immobilie der Musikschule in der Pappelallee 41 soll an den Liegenschaftsfonds übertragen werden.

Pankow für Jedermann

Stefan Liebich: »Das Gebiet rund um den Kollwitzplatz ist nichts, was man mit anderen Ecken der Bundesrepublik Deutschland vergleichen kann«.

Mit einem Stimmenanteil von 28,4 Prozent haben Sie bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September den langjährigen Inhaber des Direktmandats im Wahlkreis Pankow, den SPD-Politiker Wolfgang Thierse, überflügelt, der nur 27,4 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. Noch vor vier Jahren wurden Sie hinter ihm lediglich Zweiter, mit einem Abstand von immerhin 16,8 Prozent der Stimmen. Wie groß war jetzt Ihre persönliche Überraschung über diesen Erfolg?

Meine Erwartungshaltung in Bezug auf einen Sieg in diesem Wahlkreis war nicht so sehr groß, nachdem Wolfgang Thierse bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen Sandra Brunner und mich, damals jeweils noch als Kandidaten der PDS bzw. Linkspartei.PDS, doch recht deutlich auf Distanz halten konnte. Ich hatte allerdings gehofft, dass der Abstand diesmal zumindest geringer ausfällt. Dass es aber dazu reichen würde, Herrn Thierse zu überholen, habe ich nicht erwartet. Ich bin total überrascht und ebenso glücklich.



Zur Person

Stefan Liebich (36), Die Linke, Bundestagsabgeordneter mit Direktmandat aus dem Wahlkreis 77 (Pankow, Weißensee, Prenzlauer Berg); geboren in Wismar, 1991 Abitur in Berlin, 1992 bis 1995 Studium der Betriebswirtschaft an der Technischen Fachhochschule Berlin, Abschluss als Diplombetriebswirt (FH); Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses von November 1995 bis Oktober 2009, von 2002 bis 2006 Fraktionsvorsitzender seiner Partei.

Auf welche Faktoren führen Sie den Erfolg zurück?

Entscheidend war wohl, dass die Politik der SPD, etwa bei Themen wie Rente mit 67, Afghanistaneinsatz oder Hartz IV bundesweit sehr viel kritischer bewertet wurde, als noch vor vier Jahren. Dafür wurde in diesem Bezirk auch Wolfgang Thierse vom Wähler in Haftung genommen. In einem gewissen Umfang, so glaube ich, hat auch der persönliche Faktor eine Rolle spielt. Vielleicht ist es so, dass ich mittlerweile besser zu diesem Bezirk passe als mein Vorgänger.

Sie haben Anfang der 90er Jahre in Prenzlauer Berg gewohnt, heute wohnen Sie in Wilhelmsruh. Was hat Sie bewogen, an die Peripherie der Stadt zu ziehen?

Wie viele andere auch, bin ich damals als Student wegen der niedrigen Mieten nach Prenzlauer Berg gekommen. Meine erste eigene Wohnung bezog ich im Bötzowviertel – ein Zimmer mit Ofenheizung. Mit Blick auf mehr Raum und mehr Komfort zog ich später, das war dann schon sehr ungewöhnlich, nach Marzahn, wo ich ja meine Kindheit verbracht hatte, um schließlich doch wieder nach Prenzlauer Berg zurückzukommen. Diesmal war es eine frisch sanierte Wohnung in der Oderberger Straße. Doch da war dann schon jene vieldiskutierte Entwicklung in Gang gekommen, die dort bis heute zu beobachten ist. Die Straße ist sehr, sehr bunt geworden, die letzte richtige Eckkneipe verschwand irgendwann aus dem Kiez, dafür gab es dann diese Läden mit eigenartigen orangefarbenen Lampenschirmen und bunten Klamotten. Als dann aber in der Nachbarschaft auch noch temporäre Techno-Klubs die Nächte beschallten, habe ich endgültig festgestellt: Das ist nicht mehr so richtig meins. Und in Wilhelmsruh fühlen meine Frau und ich uns sehr wohl.

Halten Sie die Entwicklung, die Prenzlauer Berg mit seinen fünf Sanierungsgebieten in den vergangenen 15 Jahren nahm, für problematisch?

Also, ich freue mich für jeden, der in diesem Bezirk seinen Platz gefunden hat. Da ist es mir schlichtweg auch egal, ob jemand aus Schwaben kommt oder aus Ostberlin. Prenzlauer Berg war schon immer ein Anziehungspunkt für Zugereiste aus Nah und Fern, wie für mich eben auch, und auf diese Art wird es hier immer aufs Neue Veränderungen geben. Trotzdem haben sich in Prenzlauer Berg sehr spezielle Biotope herausbildet. Das Gebiet rund um den Kollwitzplatz ist nichts, was man mit anderen Ecken der Bundesrepublik Deutschland vergleichen kann. Die andauernde Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, die zum Teil horrenden Parkgebühren auf privaten Stellplätzen, die permanent steigenden Mieten machen es Durchschnittsverdienern und Ärmeren zunehmend schwer, hier und anderswo in der Innenstadt zu wohnen. Setzt sich diese Entwicklung fort, wird sich der Prenzlauer Berg sozial stark entmischen. Und das ist in der Tat problematisch.

Nun ist die Linke ja seit etlichen Jahren in Berlin in der Regierungsverantwortung...

...und muss als kleinerer Koalitionspartner auch so manche Kompromisskröte schlucken. Gerade in stadtentwicklungspolitischen Fragen gab es in der Koalition durchaus auch Dissens. Da waren uns manche Positionen der oppositionellen Grünen, etwa zur Begrenzung der Miethöhe bei Neuvermietung, deutlich näher. Im Bundestag kann nun von Linken, SPD und Grünen gemeinsam gerade auch in der Mietenpolitik ein sozial geprägter Konsens erarbeitet werden, der in einer späteren Regierung auch umgesetzt wird.

Welche Ambitionen haben Sie denn im Bundestag?

Ich mache jetzt in Berlin, auch wenn es mich selbst etwas erschüttert, bereits seit 14 Jahren Politik. Dabei habe ich sieben Jahre als Oppositionspolitiker gearbeitet und weitere sieben Jahre

in einer Fraktion mit Regierungsverantwortung. Und auch wenn ich weiß, dass man in der Regierung nicht nur Blumen bekommt, weil Kompromisse gemacht werden müssen, die Rahmenbedingungen schwierig sind und manchmal auch Fehler passieren, bin ich fest davon überzeugt, dass man seine Politik nicht in der Opposition umsetzen kann. Diese Erfahrung nehme ich in den Bundestag mit. Die neue Regierung durch eine rot-rot-grüne Koalition abzulösen, ist darum mein zentrales Ziel. An welcher Stelle ich in der Fraktion dafür arbeiten werde, ist derzeit noch völlig offen. Ich

Ich denke schon. Ein Direktmandat ist auch ein Auftrag, die Belange des Wahlkreises im Bundestag zu vertreten. Ich bin mir sehr bewusst, dass das Mietrecht zum Beispiel vor allem Bundesrecht ist, und ich werde diesem Thema allein schon wegen dessen großer Bedeutung für unseren Bezirk mein besonderes Augenmerk widmen. Auf der anderen Seite werde ich bemüht sein, sehr viel in Pankow unterwegs zu sein, egal ob bei Initiativen oder Verbänden, bei kleinen Festen oder großen Veranstaltungen. Es gibt dort überall die Erwartungshaltung, dass man als Bundes-

Panke auch eine Kinderbetreuung außerhalb der herkömmlichen Kita-Öffnungszeiten an, wobei die Erzieherinnen nach Tarif bezahlt werden. Ein solches Angebot stößt gerade hier in Pankow auf großes Interesse, verschafft es jungen Eltern doch die zunehmend geforderte Flexibilität im Arbeitsleben. Beeindruckt bin ich auch von ABB in Wilhelmsruh, wo jedem Jugendlichen, der dort einen Ausbildungsplatz hat, anschließend auch ein Arbeitsplatzangebot unterbreitet wird. Wird hier politische Unterstützung notwendig, werde ich sie sehr gern leisten.



©Hartmut Seefeld

»Paula Panke« in der Schulstraße 25 im Sanierungsgebiet Wollankstraße ist eine attraktive Dienstleisterin nur für Frauen.

habe in der Vergangenheit auch als Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus gelernt, dass die Berücksichtigung persönlicher Wünsche nicht immer das Entscheidende ist. Wir sind in unserer Bundestagsfraktion 76 Abgeordnete, die alle ihre ganz persönlichen Vorstellungen haben. Ich würde jedenfalls sehr gern im Bereich Internationales arbeiten. Es wäre mir wichtig, dass unsere Friedenspolitik so ausgearbeitet wird, dass sie Akzeptanz bei Grünen und SPD findet. Hier klaffen die Positionen noch sehr weit auseinander.

Zwischen internationaler Politik und der Wahlkreisarbeit vor Ort liegen Welten. Verpflichtet ein Direktmandat nicht auch zu mehr lokalem Engagement als ein erfolgreicher Listenplatz?

tagsabgeordneter Präsenz zeigt, und der werde ich auch nachkommen. Ich werde auch ein Abgeordnetenbüro im Wahlkreis einrichten. Es wird nicht im Kreisvorstand meiner Partei in der Kopenhagener Straße in Prenzlauer Berg angesiedelt, sondern mehr im Zentrum des Bezirks, in Pankow bzw. in Weißensee.

Gibt es Projekte in Pankow, die mit Ihrer besonderen Unterstützung rechnen können?

Eines meiner Lieblingsprojekte im Bezirk ist der Verein Paula Panke. Diese Fraueninitiative gibt es schon seit der Wende, und sie hat ein breites Angebot an spezifischen Dienstleistungen. Im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors bietet Paula

Besonders in Prenzlauer Berg wird die Arbeitswelt durch prekäre Arbeitsverhältnisse geprägt. Viele Freiberufler hangeln sich von Job zu Job, manchmal gut bezahlt, doch immer wieder auch von Arbeitslosigkeit bedroht. Sollte man auf diese Entwicklung Einfluss nehmen?

Auch in unserer Partei müssen wir begreifen, dass die traditionellen Antworten auf die Wirklichkeit der Arbeitsgesellschaft nicht mehr generell zutreffen. Die Modelle, bei denen ein 18jähriger eine Lehre in einer Firma erfolgreich beendet und dann mit 63 aus diesem Betrieb ausscheidet, sind auf die heutige Realität kaum noch anwendbar. Während Mindestlöhne den sozialen Standard für abhängig Beschäftigte auch in Zukunft sichern sollen, muss Ähnliches verstärkt auch bei freiberuflichen Vertragsverhältnissen entwickelt werden. Doch da stehen wir noch ziemlich am Anfang.

Über die Landesliste der SPD hat auch Wolfgang Thierse den Einzug in den Bundestag geschafft. Werden wir jetzt einen Wettstreit, wer denn nun der bessere Kiezvertreter ist, erleben?

Der direkt gewählte Abgeordnete bin ich, und so sollte Herr Thierse seine Schirmherrenrollen, die er überall wahrgenommen hat, doch überdenken. Gleichwohl kann es für Pankow nur gut sein, wenn auch er sich noch stärker im Bezirk einbringt. Denn wenn all das umgesetzt wird, was die neue Mehrheit im Bundestag in ihren Programmen angekündigt hat, wird es auch in Pankow zu einer weiteren sozialen Polarisierung kommen. Das Gespräch führte Hartmut Seefeld.

Pankow will Schwimmhalle

Von Marianne Kothé, Förderverein Schwimmhalle Pankow e.V.

Ausgerechnet im kinderreichen Pankow gibt es kein Hallenbad mehr. Täglich müssen hunderte von Kindern für ihren Schwimmunterricht kilometerweit durch die Gegend gefahren werden. Der Pankower Architekt Franz Schmid und die Historikerin Beate Schreiber finden sich damit nicht ab. Sie wollen die stillgelegte Schwimmhalle in der Wolfshagener Straße

tur würde gewinnen, der Freizeitwert würde steigen, die Gesundheitsvorsorge verbessert. Am Bedarf besteht kein Zweifel, denn Pankow hat sich zu einem der beliebtesten Wohnbezirke entwickelt. Die Bevölkerungszahlen steigen. Damit hatten Bezirks- und Landespolitiker offenbar nicht gerechnet, als sie 2001 die Schwimmhalle schlossen. Sie gingen von rückläufi-



©Matthias Reiche

Viele Pankower kämpfen engagiert um die Wiedereröffnung ihrer seit 2001 geschlossenen und ungenutzten Schwimmhalle.

wieder zu neuem Leben erwecken.

Das in den 70er Jahren von Gunter Derau erbaute, seinerzeit »modernste Hallenbad« ist seit 2001 dem Verfall preisgegeben. Das einstige Musterbad ist zum Schandfleck geworden. Das muss nicht so sein, fanden Schmid und Schreiber und gründeten gemeinsam mit ein paar Mitstreitern einen Verein (www.volksbad-pankow.de). Der gemeinsame Plan: Am alten Standort soll ein neues, energetisches Nullenergie-Modellbad mit einem modernen sport- und gesundheitsorientierten Nutzungskonzept entstehen – ein Volksbad der neuen Generation. Schulschwimmen und Schwimmvereine hätten dann wieder eine Heimat im Bezirk. Die Infrastruk-

turen Bevölkerungszahlen und sinkenden Einkommen aus. Das Ergebnis: Kein anderer Bezirk verfügt über so wenig Wasserfläche pro Einwohner. Pankower haben weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Wasserfläche der Hallenbäder Berlins zur Verfügung.

In der Pankower Bezirksverordnetenversammlung hat man den Fehler inzwischen erkannt. Parteiübergreifend wird dort das Projekt befürwortet. Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) und die zuständigen Bezirksstadträte haben sich auf der Homepage des Vereins als Befürworter eingetragen. Auch bei den Berliner Bäderbetrieben ist man inzwischen aufgeschlossener und

sieht die Möglichkeit, für das Bauvorhaben Geld aus Fördertöpfen zu erhalten.

10.000 Unterschriften

Entscheidend aber ist die Haltung des Senats, und dort gibt es bislang keine Unterstützung für die Initiative. Zunächst hieß es dort lapidar, es sei kein Geld da. Als der Verein dann aber mögliche Finanzierungsmodelle vorschlug, sagte man, die Wiedereröffnung sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Im Bädergesetz sei der Standort unwiderruflich aufgegeben worden. Der Verein widersprach: Ein Blick ins Gesetz reiche aus, um zu erkennen, dass diese Darstellung falsch ist. Mittlerweile wird das Anliegen von 10.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt, die sich in den letzten Wochen in Unterschriftenlisten eingetragen haben.

Sogar eine schnelle Lösung scheint denkbar. Bei den Bäderbetrieben wurden für die Sanierung der Thomas-Mann-Schwimmhalle in Prenzlauer Berg drei Millionen EUR zurückgestellt, die dort derzeit wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse nicht ausgegeben werden können. Der verbleibende Finanzbedarf ließe sich aus anderen Fördertöpfen aufbringen. Wir stellen aber klar, dass so auf keinen Fall das Projekt in Prenzlauer Berg unterlaufen werden soll. Ziel ist es vielmehr, ein insgesamt größeres Angebot zu schaffen.

Das Nutzungskonzept des Vereins sieht neben dem öffentlichen Schwimmen Fitnessangebote, Rehabilitations- und Gesundheitssport sowie Baby- und Kleinkinderschwimmen vor. Um die Wirtschaftlichkeit des Bades zu optimieren, hat der Verein auch eine Reihe von Vorschlägen für ein Betriebskonzept vorgelegt. Die Personal- und Betriebskosten ließen sich danach erheblich reduzieren.

Der Verein ist zuversichtlich, auch den Senat zum Umdenken bewegen zu können. Mit der Unterschriftensammlung hat der Marsch durch die Institutionen begonnen. Erste Veranstaltungen in der stillgelegten Schwimmhalle sind geplant. Gemeinsam mit Pankower Künstlern will der Verein dabei für neues Leben in der Schwimmhalle werben.



©Hartmut Seefeld

Der 2,50 Meter breite Bürgersteig in der Angermünder Straße ist nicht nur für Rollstuhlfahrer eine große Herausforderung.

Auf besseren Wegen

Unweit vom Teutoburger Platz werden Gehwege erneuert **Von H. Seefeld**

Im kommenden Jahr werden südlich vom Teutoburger Platz in der Lottumstraße und in der Angermünder Straße die Gehwege erneuert und zugleich auch zwei Kreuzungen bzw. Einmündungen umgebaut. »Wir wollen hier eine denkmalgerechte Rekonstruktion erreichen«, erklärt der Stadtrat für Öffentliche Ordnung und Verkehr, Jens-Holger Kirchner. Aus diesem Grund wird auch die Breite der Gehwege, die in der Angermünder Straße mit 2,50 Meter besonders schmal sind, nicht verändert. Auch das vorhandene Material soll bei der Sanierung weitgehend wiederverwendet werden.

Insgesamt stehen 550.000 EUR für den Umbau aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz zur Verfügung. Die bereits im September vom Verkehrsausschuss der BVV abgesegneten Planungen stammen von der Berliner IK Ingenieurkunst GmbH. Kernstück der Arbeiten ist der Bau von Fahrbahnverengungen an der Kreuzung Lottumstraße/Christinenstraße und an der Einmündung der Angermünder Straße in die Lottumstraße. Am letztgenannten Knotenpunkt wird es im Ergebnis der

Umbauarbeiten ca. acht Autostellplätze weniger geben. »Die Maßnahmen dienen der erhöhten Sicherheit für Fußgänger«, begründet Kirchner die anstehenden Veränderungen.

Später Erfolg

Für mehr Fußgängersicherheit soll seit Anfang September auch ein Zebrastreifen in der Fehrbelliner Straße in Höhe der Einmündung Templiner Straße sorgen. Seit über fünf Jahren hatten Anwohner und Eltern diesen Fußgängerüberweg gefordert, ehe dieser jetzt realisiert worden ist. Seinen wichtigsten Zweck, die Schulwegsicherheit, kann er in den kommenden Jahren jedoch nur sehr eingeschränkt erfüllen. Ab Januar 2010 beziehen die über 320 Schülerinnen und Schüler der nahegelegenen Grundschule am Teutoburger Platz wegen umfangreicher Bauarbeiten an ihrem in die Jahre gekommenen Schulhaus für mindestens zwei Jahre das Schulgebäude Danziger Straße 50 im Quartier am Kollwitzplatz. So ist für die Kinder der so hart erkämpfte Zebrastreifen vorerst von eher untergeordneter Bedeutung.

Campus kommt

Richtfest für Staatliche Ballettschule im Bezirk **Von H. Seefeld**

Mit einer wunderbar getanzten Szene aus Shakespeares »Sommernachtstraum« nahmen die Eleven der Staatlichen Ballettschule und der Schule für Artistik in der Erich-Weinert-Straße 103 in Prenzlauer Berg anlässlich des Richtfests für ihre neue Bildungseinrichtung schon mal den Rohbau des größten der insgesamt neun neuen Tanzsäle in Besitz. Die Schule zählt zu den führenden Tanzinstituten Europas und ist in ihrer Art einmalig auf dem Kontinent. Über 350 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 10 und 19 Jahren sind derzeit an der Bildungseinrichtung eingeschrieben. Sie kommen aus aller Welt, und so entsteht auf dem Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft zur erst kürzlich zum Weltkulturerbe geadelten Carl-Legien-Siedlung ein regelrechter Campus. Er besteht neben den Tanzsälen auch aus einem Schulgebäude – einem Plattenbau aus dem Jahre 1969, der derzeit komplett saniert wird – und einem Internatsneubau, der demnächst an der Gubitzstraße hochgezogen wird. In einem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2005 initiierten Realisierungswettbewerb hatte sich die Berliner Dependance des Hamburger Architekturbüros Gerkan, Marg und Partner durchgesetzt. Die Senatsbaudirektorin lobte das bauliche Erscheinungsbild als »attraktiv, repräsentativ und modern«. Insgesamt 24 Millionen EUR kostet das Projekt einschließlich des Abrisses der bereits 2003 wegen Schülermangels geschlossenen 16. Grundschule auf dem Gelände und der Neugestaltung der Freianlagen. Etwa 90 Prozent der Kosten stammen aus dem EU-Programm »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«, die übrigen 10 Prozent aus dem Berliner Haushalt. Voraussichtlich im Mai 2012 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

Aufwertung ohne Verdrängung

Das Beispiel »Grüne Stadt« soll
Schule machen **Von Albrecht Molle**

Das im vorigen Jahr im Wohnquartier »Grüne Stadt« zwischen Greifswalder Straße und Kniprodestraße vom Bezirksamt statuierte Exempel, auf der Grundlage einer Umstrukturierungssatzung gemäß § 172 BauGB einen sozialverträglichen Sanierungsablauf zu gewährleisten, könnte bald eine Neuauflage erfahren. In der BVV hat die SPD-Fraktion beantragt, das Bezirksamt möge prüfen, ob eine solche Satzung, mit deren Erlass die Aufstellung eines Sozialplans verbunden ist, auch für das Erhaltungsgebiet Humannplatz im nördlichen Teil von Prenzlauer Berg in Frage kommt. Der Stadtentwicklungsausschuss der BVV empfiehlt die Annahme des Antrags. Anlass für die Initiative ist die im Juli vom Bezirksamt erlassene Rechtsverordnung zum Erhalt der städtebaulichen Eigenart dieses ca. 80 ha großen Gebiets zwischen Stargarder Straße, Schönhauser Allee, Wisbyer Straße und Prenzlauer Allee, das als stadthistorisch bedeutsam gilt und deshalb in das Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« aufgenommen worden ist. Diese Fördermittel, die ausschließlich in die öffentliche Infrastruktur wie Schulen und KiTas investiert werden, sollen das Gebiet städtebaulich weiter aufwerten. Ziel ist dabei aber auch, private Eigentümer im Quartier zur Modernisierung ihrer Wohngebäude zu motivieren, denn noch befindet sich ein Drittel des Wohnungsbestands in einem nicht zeitgemäßen Zustand. »Die erwarteten Eigentümerinvestitionen dürfen aber nicht zur Verdrängung angestammter Mieter führen«, sagt der SPD-Verordnete Roland Schröder, der dem Stadtentwicklungsausschuss der BVV vorsteht. Laut einer Studie haben knapp 80 Prozent der Bewohner schon vor zehn Jahren in dem Gebiet gewohnt.



©Hartmut Seefeld

Der Kulturstandort am Thälmannpark wird zur Baustelle.

Erweiterte Förderkulisse

Nach Prenzlauer Berg erhält auch Buch Stadtumbau Ost-Mittel **Von A. Molle**

Als die Bundesregierung vor sieben Jahren das Förderprogramm Stadtumbau Ost auflegte, wurden im Ostteil Berlins zehn Wettbewerbsgebiete ausgewählt, von denen sich mit Prenzlauer Berg, Buch und dem Wohngebiet Neumannstraße drei im Bezirk Pankow befinden. Im Unterschied zu anderen Kommunen geht es hier jedoch nicht um den Abriss bzw. die Sanierung von Plattenbauten, sondern vor allem um Infrastrukturmaßnahmen, die eine familienfreundliche Stadtteilentwicklung befördern. Was unseren Bezirk betrifft, so sind Stadtumbau Ost-Mittel bislang ausschließlich in die Sanierungsgebiete von Prenzlauer Berg geflossen und dort vornehmlich für Schul- und KiTa-Sanierungen, verkehrsberuhigende Maßnahmen sowie die Gestaltung von Freiflächen eingesetzt worden. Doch für das Programmjahr 2010, das den Zeitraum bis Ende 2013 umfasst, hat das Bezirksamt bei der für die Mittelvergabe zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung jetzt erstmals auch Stadtumbau Ost-Gelder in Höhe von 6,1 Millionen EUR für Projekte im Ortsteil Buch angemeldet. Damit sollen Jugendfreizeiteinrichtungen, KiTa-Gebäude und eine

Schulsporthalle erneuert werden.

Förderschwerpunkt bleibt jedoch Prenzlauer Berg. Die Anmeldeliste des Bezirksamts umfasst hier zwölf Vorhaben mit einem Fördervolumen von insgesamt 8,4 Millionen EUR. Auf Platz 1 steht der kommunale Kulturstandort im Thälmannpark. Für die Sanierung des in den 1980er Jahren an der Danziger Straße errichteten Gebäudekomplexes möchte der Bezirk zwei Millionen EUR aus dem Stadtumbau Ost-Programm haben. Dazu muss jedoch ein Sanierungskonzept vorgelegt werden, mit dessen Umsetzung die Nutzbarkeit und Effizienz dieses Standorts wesentlich verbessert werden. Weitere Vorhaben, die in den nächsten Jahren weitgehend mit Stadtumbau Ost-Mitteln im Wettbewerbsgebiet Prenzlauer Berg realisiert werden sollen, sind u. a. die Instandsetzung der Grundschule am Planetarium, die Erneuerung des KiTa-Gebäudes in der Diesterwegstraße 10, die Neugestaltung des Spielplatzes im Thälmannpark, der fußgängergerechte Umbau der Verkehrsknoten Hufelandstraße/Straße Am Friedrichshain sowie Buchholzer Straße/Pappelallee und die Erneuerung der beiden Spielplätze im Anton-Saefkow-Park.



©Hartmut Seefeld

Ferienwohnungsreklame in der Prenzlauer Allee in Prenzlauer Berg.

Touristen als Nachbarn

Aus Mietwohnungen werden zunehmend Ferienwohnungen **Von H. Seefeld**

Das Angebot klingt unschlagbar. Für 50 EUR die Nacht können zwei Personen eine schöne kleine Altbauwohnung in der Kopenhagener Straße in Prenzlauer Berg mieten – Wäsche und Endreinigung inklusive. Einzige Bedingung ist eine Mindestmietzeit von drei Nächten. Die Wohnung liegt nur wenige Gehminuten vom U- und S-Bahnhof Schönhauser Allee entfernt, mitten im pulsierenden Szenekiez. Wer Lust auf länger hat, kann zumindest ab Oktober auch monatsweise buchen. Die 48 m² große Nachbarwohnung mit Südbalkon, Doppelbett und Schlafcouch kostet dann allerdings 950 EUR.

Über 10.000 solcher Ferienwohnungen gibt es derzeit in Berlin, schätzt der Hotel- und Gaststättenverband – Tendenz zunehmend. Besonders in den touristisch attraktiven Lagen, neben Prenzlauer Berg sind auch Quartiere am Ku'damm und die Plattenbauten an der Wilhelmstraße in Mitte betroffen, entwickelt sich diese Marktnische prächtig. Eine »Touristification«, eine Verödung von Stadtvierteln durch saisonal belegte Ferienwohnungen, sei im dicht besiedelten Prenzlauer Berg insgesamt allerdings noch kein Thema, meint

Stefanie Gronau, Leiterin des tic Kultur- und Tourismusmarketing Pan-kow.

Ungleicher Wettbewerb

Hotels und Pensionen begehren gegen den Ferienwohnungsboom trotzdem auf. Zu ungleich sind die Geschäftsbedingungen auf dem hart umkämpften Tourismusmarkt. Während eine Beherbergungsstätte mit mehr als 12 Gästebetten, und eine solche wird man quasi allein schon durch das Vorhandensein einer Rezeption, als Sonderbau mit aufwändigen und teuren Sicherheitsauflagen eingestuft wird, werden Ferienwohnungen bauordnungsrechtlich wie normale Wohnungen ohne besondere Sicherheitsauflagen behandelt. »Den Anbietern von Ferienwohnungen liegen dadurch andere Kostenstrukturen für die Kalkulation zugrunde«, erklärt der Hotelmanager Sascha Hilliger als Vorsitzender des Pro Prenzlauer Berg e.V. Es gäbe in diesem Bereich einen großen inoffiziellen Markt, der nicht im Interesse des Bezirks und der alteingesessenen Beherbergungsbetriebe sei. Hilliger fordert eine Gleichstellung von Pen-

sionen, Hostels und Hotels mit den Ferienwohnungen insbesondere auch bei den Sicherheits- und Anmeldeauflagen.

Auch für die »normalen« Mieter können Ferienwohnungen in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Problem werden. Während die mangelnde Akzeptanz des deutschen Mülltrennungssystems durch australische oder argentinische Besucher noch nachvollziehbar erscheint, bringen allnächtliche Parties in der Nachbarwohnung mit ihren ausufernden Lärmbelastungen auch den Gutwilligsten zur Weißglut. Ganz abgesehen vom gesteigerten Unsicherheitsgefühl, wenn täglich fremde Menschen durch das Treppenhaus marschieren, oftmals in relativer Sorglosigkeit im Umgang mit der Substanz des Gebäudes.

In der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung macht man derzeit nicht viel Aufheben um diese Entwicklung. Es sei »mietrechtlich zulässig, leere Wohnungen als Ferienwohnungen zu vermieten, die gewerbliche Vermietung unterliegt lediglich der Anzeigepflicht«, erklärte die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher in der Antwort auf eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Florian Graf. Und wie in normalen Wohnhäusern auch, können Mieter bei Belästigungen durch Ferienwohnungsutzern vom Vermieter Abhilfe verlangen und unter bestimmten Voraussetzungen auch Mietminderungen vornehmen bzw. Schadensersatzansprüche wegen eines Mietmangels geltend machen – wie sonst auch. Die rechtlichen Möglichkeiten des Senats, den Ferienwohnungsboom einzudämmen, sind nach Aussagen von Lüscher sehr gering. Das wichtigste Instrument, eine Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, ist nach einem Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts außer Kraft gesetzt worden, nachdem im Jahr 2000 in Berlin ein deutlicher Wohnungsüberschuss konstatiert wurde. Eine Zweckentfremdungsverbotverordnung sei nur dann zulässig, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen gefährdet ist. Und das sei in der deutschen Hauptstadt bis heute nicht der Fall.

Pankow lässt es krachen

Streit um Lärm bestimmt zunehmend den Ton im Bezirk **Von Hartmut Seefeld**

Seit einigen Monaten ist der berühmte Knaack-Klub in der Greifswalder Straße nur noch ein Klübchen. Tanzflächen werden nicht mehr gespielt, die Lautstärke wurde zeitweise runtergefahren und 23 Uhr, anderswo in Berlin beginnt da erst das Nachtleben, enden die außerordentlich populären Konzerte. Der Musiktreff, den es dort seit 57 Jahren gibt, stört plötzlich. »Die ersten Beschwerden trafen im November 2008 ein«, erklärte Klubchef Matthias Harnöß. Die Absender wohnen in einem Neubau auf dem Hinterhof des Grundstücks Heinrich-Roller-Straße 14. Das Gebäude hatte der Investor, die Sanus AG, sinnigerweise an die Brandwand jenes Hauses gebaut, das den Knaack-Klub beherbergt. In den neuen Eigentumswohnungen klagen die Mieter und Eigentümer dann schon bald über nichttolerierbare Lärmbelästigungen. »Obwohl der Klub in einer ersten Reaktion die Lautstärke vermindert hat, wurden durch Mitarbeiter des Umweltamts Lärmwerte zwischen 27 und 31 Dezibel in den Nachtstunden gemessen. Erlaubt sind maximal 25 Dezibel«, erklärt der Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens-Holger Kirchner. Doch nicht so sehr diese Grenzüberschreitung sei das Problem, sondern die starken Bässe mit Werten unter 50 Hertz würden die Neumieter um den Schlaf bringen. Und so droht dem Klub akut die Schließung.

»Kann ja wohl nicht sein, bestimmt wieder, weil sich irgend so ein kackzugereister Rucksackberliner in seiner Ruhe gestört fühlt, man dann solln se zurück aufs Dorf«, erklärte angesichts dieser Entwicklung jemand, der sich »spreeathensupport« nennt, auf einer website des Knaack-Klubs und traf damit durchaus den Tenor des Protests. Doch zurück aufs Dorf drängt es niemanden. Ein Kompromissvorschlag aus dem Bezirksamt, die Wohnungen in dem sehr lebendig geratenen Wohnhaus zum Beispiel in Büros umzuwandeln, stieß

auf geharnischten Protest. Man will in jedem Fall bleiben, der Klub müsse weg. Bei der Suche nach einem Ersatzstandort leistet der Bezirk bereits Amtshilfe. »Wir haben erste interessierte Signale vom Pfefferberg vernommen«, erklärte kürzlich der mit der Suchpatenschaft beauftragte Stadtrat Kirchner. Die öffentliche Unterstützung für die Kulturarbeiter vom Knaack ist sicherlich in erster Linie deren langjähriger und künstlerischer Reputation geschuldet. Doch steht auch die Frage im Raum, wie es dazu kommen konnte, dass ein Wohnhaus ohne ausreichenden Schallschutz an den Klub angedockt wurde. Pankows Baustadtrat Michail Nelken erklärte, dass die Baugenehmigung bereits 2004 entsprechend der damals noch gültigen Berliner Bauordnung erteilt und dafür wohl auch ein Schallschutzgutachten erarbeitet wurde. Also nur Baupfusch? Der Knaack-Klub hat schon mal einstweiligen Rechtsschutz gegen die Baugenehmigung beantragt. Längst wird die Kommunikation zwischen Klub und Wohnungsnutzern vor allem durch Rechtsanwälte bestimmt. Und

auch der Eigentümer der Knaack-Klubimmobilie Greifswalder Straße 224 fürchtet um seinen noch zwei Jahre gültigen Mietvertrag mit dem Klub und hat gleichfalls seinen Rechtsbeistand aktiviert.

Lex Prenzlauer Berg

Während das Ende des Knaack-Klubs am bisherigen Standort besiegelt scheint, erregt ein Gerichtsurteil aus dem Jahre 2007 zu einem Lärmstreit, der nur wenige Straßen weiter zu erleben war, bis heute die Gemüter. In der Christburger Straße hatte ein Mieter für die Zeit zwischen August 2006 und Februar 2007 die Miete für seine Wohnung gemindert, weil schräg gegenüber seiner Wohnung in einer Baulücke ein Haus gebaut wurde. Der Lärm sei erheblich gewesen, erst gab es Bagger- und Abrissarbeiten, weil auf dem Grundstück alte Garagen standen, dann wurde ein Baukran aufgestellt und schließlich auch noch ein Silo für Estrich und Putz mit einer lauten Pumpe in Betrieb genommen. Der Vermieter wollte die Mietminderung nicht akzeptieren, und so fanden sich beide Parteien vor dem Amtsgericht Mitte wieder. Dessen Urteil, das mittlerweile auch im Berufungsverfahren vor dem Landgericht bestätigt wurde, war so überraschend wie eindeutig: »Ungeachtet der umfang-



©Hartmut Seefeld

Der Knaack-Klub in der Greifswalder Straße hat große Probleme, seit er ein »exklusives Wohnobjekt« zum Nachbarn hat.

reichen Bautätigkeit waren die Beklagten (Mieter) nicht berechtigt, die Miete zu kürzen«. Die Begründung ist eindeutig: »Die Beklagten mussten bei Anmietung der Wohnung im Jahre 2005 damit rechnen, dass auf dem betreffenden Grundstück umfangreich gebaut würde. Das Risiko lag somit dem Mietsvertragsschluss mit zu Grunde. Die letztlich eingetretenen Störungen des Mietgebrauchs müssen daher als nach dem Vertrag vorausgesetzt gelten«. Nahezu unabhängig davon, wie gesundheitlich belastend der Lärm für den Mieter war, an sechs Tagen in der Woche sei von sieben Uhr bis ca. 19 Uhr am Rohbau gearbeitet worden, müsse sich der Anwohner in sein Schicksal finden. Das potenzielle Bauland war als solches schließlich früher da als der Mieter. Und die Richter setzten noch eins drauf: »Eine absehbare Schließung von Baulücken gilt um so mehr für die Wohngebiete im Bezirk Prenzlauer Berg, wo der stark nachgefragten Lage wegen in den Jahren nach der Wende überdurchschnittlich viel saniert und gebaut wurde«. Dabei verkenne die Kammer nach eigenen Worten nicht, dass »Baustellenlärm in der Nachbarschaft sich als besonders störend erweisen kann und dementsprechend regelmäßig als Mangel an der Mietsache angesehen wird«. Nur eben nicht in Prenzlauer Berg, da gehört der Baulärm irgendwie dazu. Im Gegensatz eben zum kulturbedingten Lärm wie beim altehrwürdigen Knaack-Klub. Derartige Lärmquellen werden im selbsternannten »Szenekiez« zunehmend als Störfaktor empfunden und auch so behandelt.

Kinder machen Flugzeuglärm

Wenn es um die Beschreibung unsäglicher Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder geht, finden Gewerkschafter oft drastische Formulierungen. Der Lärmpegel, den Kitaerzieherinnen in ihrem Arbeitsalltag in der Kindergruppe zu ertragen haben, sei mit dem von startenden Flugzeugen vergleichbar, argumentierte man zum Beispiel erst kürzlich bei der Gewerkschaft ver.di, um die besonderen Belastungen eines Arbeitsplatzes in der Kinderbetreuung zu erklären. In Pankow gibt es besonders viele solcher lautstarken

»Flugzeugstartplätze«. Wurden allein im Mai 2007 1.317 Kinder in Pankow geboren, waren es im Mai des nächsten Jahres bereits 1.626, eine Steigerung um 309 Kinder bzw. um 23,5 Prozent! Die Spielplätze sind überfüllt und die Schulhöfe auch. Die Lärmbelastungen im Umfeld von Kindereinrichtungen sind deshalb nicht unerheblich. Und dort, wo Kinder, denen von ihren Eltern oder Erzieherinnen, bewusst oder aus Überforderung, keinerlei Schranken gesetzt werden, auf Erwachsene mit außerordentlich geringem bis gar nicht vorhandenem Toleranzvermögen treffen, sind Konflikte im Miteinander völlig unausweichlich. Um zumindest de jure klare Verhältnisse zu schaffen, will Berlin nun auf Initiative der SPD als erstes deutsches Bundesland einen Kinderlärmenschutzparagrafen im Immissionsschutzgesetz erlassen. Demnach soll der Paragraph 6 dieses Gesetzes um folgenden Satz ergänzt werden: »Störende Geräusche, die von Kindern ausgehen, sind als Ausdruck selbstverständlicher kindlicher Entfaltung und zur Erhaltung kindgerechter Entwicklungsmöglichkeiten grundsätzlich sozialadäquat und damit zumutbar«. Voraussichtlich noch im Oktober wird der Vorschlag, der auch von der Linken unterstützt wird, im Plenum des Abgeordnetenhauses diskutiert. Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, die Pankower Abgeordnete Sandra Scheeres, begründet den Vorstoß unter anderem auch damit, dass mit dieser Gesetzesänderung »die Ausweitung der Ganztagsbetreuung in den Berliner Schulen nicht durch Lärmschutzaufgaben torpediert werden kann«.

Lauter Verkehr

Als Hauptverursacher von Lärm in Berlin hat Umweltsenatorin Katrin Lompscher allerdings den Verkehr ausgemacht. »Die Lärmkarten zeigen, dass der Kfz-Verkehr eindeutig der Hauptlärmverursacher im Stadtgebiet ist, gefolgt von Eisenbahn und Flugverkehr«, erklärte die Linkspolitikerin bei der Vorstellung des Berliner Aktionsplans zur Lärminderung im vergangenen Jahr. Dieses 128 Seiten umfassende Papier ist in Reaktion auf

eine Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahre 2002 entstanden, die damit auf die steigende Lärmbelastung in den Großstädten und Ballungsräumen in der EU reagierte. Der Berliner Lärmaktionsplan setzt auf einen bunten Mix aus mehr Tempo 30, bessere Ampelschaltungen, Fahrbahnsanierungen, Parkraumbewirtschaftung, die Stärkung des öffentlichen Personennahver-



©Hartmut Seefeld

Baulärm beim Wohnungsneubau gehört laut einem Gerichtsurteil zum normalen Alltag in Prenzlauer Berg.

kehrs und vieles andere mehr. Nachzulesen ist der Lärmaktionsplan im Internet unter www.berlin.de/sen/umwelt/laerm/laermminderungsplanung/download.

Für die Berliner Grünen gehen viele Maßnahmen nicht weit genug. Sie wollen generelles Tempo 30 in der Stadt und Tempo 50 nur auf ausgewählten Hauptstraßen, und auch einige Quartiere, etwa am Kollwitzplatz, sollten ganz für den Autoverkehr gesperrt werden. »Mittelfristig«, so Heiko Thomas, grüner Bundestagskandidat in Pankow, »soll es gelingen, die Zahl der parkenden Autos in Prenzlauer Berg zu halbieren«.



© Uwe Bernhart

Juliane Erler, Eveline Funk und Gertraude Wagner (v. l.), beim Pläneschmieden auf der Baustelle des Stadtteilzentrums.

Baby trifft Weltenbummler

Pankow hat sein Juli dieses Jahres ein Stadtteilzentrum **Von Hartmut Seefeld**

Die Schönholzer Straße 10, ein dreiteiliges Bauwerk mit zwei Seitenflügeln und einem Quergebäude unweit des Pankower Rathauses, hat eine bewegte Vergangenheit. Gebaut 1886 durch den Kaufmann Philipp Goldberg, zählten eine Konditorei, eine Kneipe, eine Knabenschule und eine Kartonagenfabrik zu den ersten Nutzern. Von 1910 bis Mitte der 20er Jahre unterhielt hier eine jüdische Religionsgemeinde ihren Betraum; fortan hieß das Ensemble bei den Pankowern nur noch der »Judenhof«. Ab 1976 gab es dort eine Filiale der Forum Handelsgesellschaft mbH, ein Unternehmen für den Ost-Westhandel aus dem Geschäftsbereich von Alexander Schalck-Golodkowski.

Im Jahre 2005 übernahm der 1991 gegründete Verein Bürgerhaus e.V., der bereits das Nachbarschaftszentrum in Französisch Buchholz und acht Kindertagesstätten betreibt, die Immobilie. Schon bald begann der Aufbau eines Stadtteilzentrums im Quergebäude, das am 4. Juli dieses Jahres mit einem Festakt sowie Grußworten von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Berlins Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner und

der Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes der Hauptstadt, Barbara John, eröffnet wurde.

Drei Säulen

Getragen wird das Stadtteilzentrum von drei Säulen. Eine ist das Familien- und Nachbarschaftszentrum des Bürgerhaus e.V. »Wir unterbreiten hier den Pankowern vielfältige Kursangebote, von der Geburtsvorbereitung über das Kleinkindturnen und Ent-

spannungsworkshops für Schulkinder bis hin zur Seniorengymnastik«, beschreibt die Sozialpädagogin Eveline Funk den aktuellen Leistungsumfang. Ein modernes Nachbarschaftscafé ergänzt die Palette. Alle Räume sind mit einem Fahrstuhl erreichbar und können auch von privaten Interessenten angemietet werden.

Mit Eröffnung des Stadtteilzentrums ist erstmalig auch eine Freiwilligenagentur in Pankow vor Ort. Die vom Weißenseer Verein Frei-Zeit-Haus e.V. unterhaltene Einrichtung versteht sich als Brücke zwischen aktiven Menschen auf der Suche nach ehrenamtlicher Betätigung und Einrichtungen, welche ehrenamtliche Helfer benötigen. »Es gibt hier ein sehr großes Interesse an ehrenamtlicher Tätigkeit«, freut sich die verantwortliche Koordinatorin Juliane Erler. Das Alter der Interessenten umfasse die gesamte Spanne von 18 bis 70 Jahren, Frauen sind etwas in der Überzahl.

Dritte zentrale Angebotssäule ist die Selbsthilfekontaktstelle, getragen vom Humanistischen Verband. »Wir sind sehr froh, jetzt im Herzen des Bezirks präsent zu sein«, freut sich die Sozialpädagogin Gertraude Wagner. Es geht um Hilfe bei Angst, Depressionen, Krebs, Drogenabhängigkeit, aber auch Internetsucht oder Diabetes. »Der Bedarf an solchen Angeboten ist auch in Pankow sehr groß, bereits acht Gruppen sind in der kurzen Zeit seit der Eröffnung des Stadtteilzentrums im Aufbau«, erklärt Wagner. Mit im Boot des Dreigestirns ist das Senioren-Internetcafé »Weltenbummler«, das gleichfalls vom Humanistischen Verband betrieben wird. Hier lernen Senioren den Umgang mit dem PC und dem Internet, ein Angebot, das auf gute Resonanz stößt.

Das gesamte Haus ist in den vergangenen Jahren saniert worden, das Dachgeschoss wurde ausgebaut und der Innenhof zu einem attraktiven Spielplatz hergerichtet. Das Geld für den Aufbau des Stadtteilzentrums stammt von der Stiftung der Deutschen Klassenlotterie, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und auch aus Eigenmitteln des Bürgerhaus e.V. Der laufende Betrieb wird über eine mehrjährige Förderung durch das EU-Programm EFRE abgesichert, kofinanziert durch das Land Berlin.

Kontakt:

Stadtteilzentrum Pankow
Schönholzer Straße 10, 13187 Berlin
www.stz-pankow.de

Familienzentrum: ☎ 49 98 70 900
Mail: familienzentrum@stz-pankow.de

Selbsthilfekontaktstelle: ☎ 49 98 70 910
Mail: selbsthilfe@stz-pankow.de

Freiwilligenagentur: ☎ 49 98 70 920
Mail: freiwillig@stz-pankow.de

Sprung ins Verderben

Aus der Biographie von Käthe Niederkirchner Von Hartmut Seefeld

Das Bötzowviertel ganz im Osten von Prenzlauer Berg zählt zu den eher jüngeren Gründerzeitquartieren des Stadtbezirks. Der südlichste Verbindungsweg zwischen der Greifswalder Straße und dem Volkspark Friedrichshain wurde 1902 angelegt und bekam im selben Jahr den Namen Lippehner Straße verliehen, benannt nach der pommerschen Stadt Lippehne. Im Jahre 1974 wurde die weitgehend von Kriegszerstörungen verschonte Straße in Käthe-Niederkirchner-Straße umbenannt.

Käthe Niederkirchner wurde am 7. Oktober 1909 als eines von fünf Kindern des donauschwäbischen Rohrlegers und späteren kommunistischen Gewerkschaftsfunktionärs Michael Niederkirchner und seiner slowakischen Ehefrau in Berlin geboren. Sie wuchs im Hinterhaus der Pappelallee 22 unweit des Helmholtzplatzes in Prenzlauer Berg auf, in einem Kiez, der in den Jahren der Weimarer Republik zu einer Hochburg der KPD wurde. Sie war Mitglied in einer kommunistischen Kindergruppe, später des Jugendverbands. Bereits 1929 trat sie der KPD bei.

Nach ihrem Schulabschluss hat sie den Beruf einer Schneiderin gelernt, blieb aber nach Ende der Ausbildung meist arbeitslos. Umso größer war ihr persönliches politisches Engagement. Sie verteilte Flugblätter und hielt auch Reden auf diversen Veranstaltungen. Zwei Monate nach der Machtergreifung der Nazis wurde sie im März 1933 verhaftet und anschließend als »Nichtdeutsche« aus Deutschland ausgewiesen. Niederkirchner emigrierte mit ihrer Familie nach Moskau, wo sie unter anderem als Sprecherin in den deutschen Sendungen von Radio Moskau arbeitete. Das Exil in der Sowjetunion war für die Familie trotz ihrer kommunistischen Anschauungen ziemlich problematisch. Niederkirchners älterer Bruder Paul wurde 1939 vom sowjetischen Inlandsgeheimdienst verhaftet und verstarb kurz darauf in dem

berüchtigten Moskauer Gefängnis Butyrka.

Während ihrer Arbeit für Radio Moskau lernte Käthe Niederkirchner den Spanienkämpfer Heinrich Wieland kennen, den sie im Juli 1941, wenige Tage nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, heiratete. Die Ehe hielt nicht sehr lange, auch weil jeder von ihnen nach dem Kriegsausbruch an anderen Orten im Einsatz war.

Gescheiterte Kommandoaktion

Niederkirchner hatte sich freiwillig für einen Sondereinsatz bei der Roten Armee gemeldet. Am 7. Oktober 1943, ihrem 34. Geburtstag, sprang sie gemeinsam mit dem Schwiegersohn des späteren DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck, Theodor Winter, unweit von Warschau mit dem Fallschirm aus einem sowjetischen Militärflugzeug ab. Beide schlugen sich dann zu Fuß bis zum 25 km entfernten Bahnhof Kostiza durch, von wo sie mit dem Nachtzug nach Berlin fahren wollten. Sie sollten in Deutschland mit illegalen Gruppen Kontakt aufnehmen und Widerstandsaktionen vorbereiten. Doch bereits im Zugabteil wurden sie von der Gestapo verhaftet. Offenbar war die Aktion verraten worden, von wem, das ist bis heute ungeklärt. Niederkirchner kam nach diversen Gefängnisaufenthalten in das Konzentrationslager Ravensbrück bei Fürstenberg, wo sie in Isolationshaft genommen wurde. In dieser Zeit schrieb sie ein Tagebuch, das erhalten geblieben ist. In der Nacht vom 27. zum 28. September 1944, zwei Wochen vor ihren 35. Geburtstag, wurde sie von der SS hingerichtet. Theodor Winter erlitt das gleiche Schicksal im KZ Sachsenhausen.

Zwei Berliner Straßen

In der DDR wurde Käthe Niederkirchner außerordentlich verehrt. Etwa 300 Betriebe, Kindergärten, Brigaden und

Sportvereine trugen damals ihren Namen.

Bereits 1951 wurde auch die Prinz-Albrecht-Straße in Mitte in Niederkirchnerstraße umbenannt, die heute dem Berliner Abgeordnetenhaus seine Adresse gibt. Die 1994 von einer Kommission zur Umbenennung von Straßen getroffene Empfehlung, die Niederkirchnerstraße wegen der »Überrepräsentanz des kommunistischen Widerstands in Straßennamen aus DDR-Zeiten« in »Am Preußischen Landtag« umzubenennen, wurde nicht umgesetzt, auch wenn die damalige Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Hanna-Renate Laurien, zu



© Archiv Museumsverbund Pankow

Käthe Niederkirchner (1909 - 1944).

der Einschätzung gelangte, Käthe Niederkirchner habe durch ihren Einsatz für die Kommunistische Internationale »eindeutig das vorbereitet, was wir später in der DDR erfahren haben«.

Neben den beiden Straßennamen erinnert heute in Berlin auch eine große Bronzetafel am Geburtshaus in der Pappelallee 22 an Käthe Niederkirchner, deren Geburtstag sich am 7. Oktober zum hundertsten Mal jährt.

Die Parkuhr tickt

Kostenpflichtiges Parken im Bezirk ab Herbst 2010 **Von H. Seefeld**

Nachdem am 17. Juni die BVV Pankow mit großer Mehrheit die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Prenzlauer Berg südlich des Bahngrabens und westlich der Greifswalder Straße beschlossen hat, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Insgesamt werden 13.500 reguläre Autostellplätze davon erfasst. »Die Parkraumbewirtschaftung erfolgt täglich zwischen 9 und 24 Uhr«, erklärt der Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens-Holger Kirchner. Während Anwohner für 20,40 EUR einen für zwei Jahre gültigen Parkausweis bekommen können, müssen Auswärtige eine Gebühr von zwei EUR/Stunde bezahlen. Insgesamt werden 450 Parkautomaten aufgestellt. Die Investitionssumme dafür in Höhe von 1,3 Millionen EUR stellt zunächst der Senat zur Verfügung, sie muss dann aber vom Bezirk wieder rückerstattet werden. In den ersten beiden Jahren darf Pankow deshalb auch die verhängten Bußgelder als Einnahmen verbuchen. Über 90 zusätzliche Mitarbeiter werden im Ordnungsamt für die Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung angestellt. Stadtrat Kirchner nennt Oktober 2010 als Datum für den Beginn der Parkraumbewirtschaftung. Zuvor soll eine Informationskampagne die betroffenen Anwohner über die anstehenden Veränderungen in Kenntnis setzen.

Noch offen ist die Zahl der Parkzonen, die eingerichtet werden. Voraussichtlich wird das gesamte Gebiet in drei Zonen unterteilt. Anwohnerparkausweise gelten immer nur für eine Zone. Unter besonderer Beobachtung werden das Bötzowviertel und die Wohngebiete am Arnimplatz und am Humannplatz stehen, wo noch keine Parkraumbewirtschaftung vorgesehen ist. »Sollte sich hier die Situation weiter zuspitzen, werden wir auch dort Parkraumzonen einrichten«, erklärt Kirchner.



©Hartmut Seefeld

Diese drei Linden an der Danziger Straße werden dem Umbau zum Opfer fallen.

Zickzack in den Knoten

Westliche Danziger Straße bleibt Baustelle **Von Hartmut Seefeld**

Bis Ende des Jahres droht in der Danziger Straße vor dem Verkehrsknoten Schönhauser Allee eine Dauerbaustelle. Nach dem Abschluss der Gehwegerneuerung in diesem Bereich wird jetzt die Fahrbahn saniert. Zunächst wird die nördliche Fahrbahnseite ab Einmündung Schliemannstraße erneuert. Dafür ist die Überleitung des Verkehrs in Richtung Westen auf die Gegenfahrbahn der Danziger Straße erforderlich. Trotzdem wird auch der Verkehr in Richtung Prenzlauer Allee weiterhin in der Danziger Straße gewährleistet.

Die südliche Fahrbahn wird ab November erneuert. Dafür wird eine Verkehrsumleitung in Fahrtrichtung Prenzlauer Allee für etwa fünf Wochen über den Abschnitt Schönhauser Allee - Sredzkistraße - Knaackstraße eingerichtet. Für den Verkehr in der Gegenrichtung steht die neu gebaute nördliche Fahrbahn in der Danziger Straße zur Verfügung. Während der Fahrbahnerneuerung gewährleistet eine Ampel in Höhe Knaackstraße und Lychener Straße die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer. Die Umgestaltung in Regie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird bis

Ende 2009 abgeschlossen sein. Der Straßenbahnverkehr der Linie M10 wird infolge der Baumaßnahmen nicht unterbrochen.

Gleichfalls bis Jahresende soll ein Angebotsstreifen für Radfahrer in der Danziger Straße zwischen Lychener Straße und Prenzlauer Allee eingerichtet werden. In jeder Fahrtrichtung wird es durchgehend zwei Fahrspuren und eine Radspur geben. Das Schrägparken auf dem Bürgersteig bleibt erhalten, nur an den Straßeneinmündungen wird Längsparken auf dem Bürgersteig angeordnet. Erhalten bleiben auch die Abbiegespuren in die Wohngebiete am Kollwitz- und am Helmholtzplatz. Als Wermutstopfen beschreibt Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner die geplante Fällung von drei Linden auf dem Mittelstreifen der Danziger Straße nahe der Einmündung Senefelderstraße. Um auch hier den neuen Radfahrstreifen nebst zwei Geradeausspuren und einer Abbiegespur auf der Fahrbahn zu ermöglichen, müsse der Straßenraum erweitert werden. Insgesamt stehen für die Angebotsstreifen 200.000 EUR aus dem Radwegprogramm des Senats bereit.



©Hartmut Seefeld

Auch im oberen Abschnitt der Herbert-Baum-Straße werden die historischen Vorgärten wiederhergestellt.

Geld für Gehwege

In der Herbert-Baum-Straße werden Gehwege erneuert **Von Albrecht Molle**

Wenige Monate vor der für Januar 2010 vorgesehenen Aufhebung des vor 15 Jahren festgesetzten Sanierungsgebiets Komponistenviertel wird in dem Quartier beiderseites der Berliner Allee mit Hochdruck an der Umsetzung noch nicht erreichter Erneuerungsziele gearbeitet. Während in der Bizetstraße direkt neben dem Bibliotheksneubau der Umbau eines alten Fabrikgebäudes zu einem zentralen Musik- und Volkshochschulstandort vor dem Abschluss steht, macht jetzt auch die zum Sanierungsziel erklärte Erneuerung schadhafter Gehwege Fortschritte. Schwerpunkt ist die zum Haupteingang des Jüdischen Friedhofs Weißensee führende Herbert-Baum-Straße, die nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 angelegt worden war und zunächst Lothringenstraße hieß, ehe sie 1951 nach dem 1942 von den Nazis ermordeten jüdischen Widerstandskämpfer Herbert Baum benannt wurde. Nachdem 2001 schon einmal der Straßenabschnitt zwischen Berliner Allee und Bizetstraße mit Parkbuchten und breiteren Gehwegen versehen, dabei aber wegen der hohen Verkehrsdichte und den vielen

Geschäften auf die Wiederherstellung historischer Vorgärten verzichtet worden war, sind jetzt im Abschnitt zwischen Bizet- und Meyerbeerstraße die Erneuerungsarbeiten abgeschlossen worden. Die Gehwegvorstreckungen im Kreuzungsbereich Bizetstraße und die von Grünstreifen gefassten und mit Platten ausgelegten neuen Gehwege finden sowohl bei den Anwohnern als auch bei Besuchern des Jüdischen Friedhofs Anklang. »Dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für die Gehwegerneuerung und die Wiederherstellung von Vorgärten in der Herbert-Baum-Straße insgesamt 617.000 EUR zur Verfügung stellt, ist auch darauf zurückzuführen, dass Berlin die Aufnahme des Jüdischen Friedhofs in das UNESCO-Weltkulturerbe anstrebt«, sagt Dr. Christina Lindemann vom Planungsbüro WERKSTADT, das im Komponistenviertel als Sanierungsbeauftragte des Senats tätig ist. Der 2. und 3. Bauabschnitt zwischen Meyerbeerstraße und dem Friedhofseingang wird in den nächsten beiden Jahren realisiert. Dann werden auch besonders schadhafte Gehwege in der Gounodstraße erneuert.

Weitere Privatisierung

Kommunale Sportstätte am Weißen See vor Verkauf **Von A. Molle**

Das Bezirksamt ist jetzt der Aufforderung der BVV nachgekommen, angesichts der nach wie vor akuten Finanzprobleme des Bezirks Verhandlungen zur Übertragung der traditionsreichen Sportstätte am Weißen See an den Liegenschaftsfonds des Landes Berlin aufzunehmen. Bei einem Sondierungsgespräch habe der Geschäftsführer des Liegenschaftsfonds, Holger Lippmann, prinzipielle Bereitschaft signalisiert, vor der Vermarktung der weitläufigen, an den Park am Weißensee grenzenden Anlage, für deren Sanierung der Bezirk keine Mittel hat, ein städtebauliches Gutachterverfahren durchzuführen. Wenn erforderlich, werde der Liegenschaftsfonds für das ca. 5.000 m² große Areal, für das sich mehrere potenzielle Investoren interessieren, auch einen Bebauungsplan aufstellen lassen. Das geht aus einem ersten Zwischenbericht des Bezirksamts hervor, der den Bezirksverordneten Ende Juli zur Kenntnis gegeben worden ist.

Darüber hinaus streben BVV und Bezirksamt an, dass der Liegenschaftsfonds einen Teil des Verkaufserlöses über die übliche Erlösbeteiligung des Bezirks hinaus dafür zur Verfügung stellt, eine Ersatzlösung für die von der Schließung der Anlage betroffenen Sportler zu finden. Zusammen mit der Sportstätte am Weißen See soll auch eine Teilfläche des angrenzenden, zum Kulturhaus »Peter Edel« gehörenden Grundstücks an den Liegenschaftsfonds übertragen werden. Sie wird als Zugang zu den Neubauten benötigt, die auf dem Sportstätten-gelände nach dessen Verkauf errichtet werden können. Der BVV-Beschluss, sich im Interesse der Haushaltskonsolidierung auch von der Sportanlage am Weißen See zu trennen, war im Mai dieses Jahres auf Antrag der SPD-Fraktion gefasst worden.

Gewerbehof im Aufwind

Die Genossenschaft in der alten Königstadt wächst und gedeiht **Von A. Molle**

Die Hoffeste der Genossenschaft »Gewerbehof Saarbrücker Straße«, die jedes Jahr im September zum Tag des offenen Denkmals auf dem Gelände der in den 1870er Jahren errichteten Königstadtbrauerei stattfinden, bieten nicht nur Unterhaltung und Kulinarisches. Führungen durch die alten Brauereigebäude und -keller ziehen ebenfalls viele Besucher an, die gern auf den Spuren der Geschichte wandeln, und nicht wenige interessie-

Zahl der festen Arbeitsplätze auf dem Gewerbehof ist auf 250 angewachsen«, berichtet der Vorsitzende Klaus Lemmnitz im Gespräch mit »Vor Ort«.

Neubau soll 2010/11 entstehen

Schon jetzt gilt der Gewerbehof als ein auch überregional bedeutsames Beispiel mittelständischer Eigeninitiative und einer die Interessen des lokalen Gewerbes berücksichtigen-

sen kann, wird den Innenausbau finanzieren. In den Neubau sollen rund 3,5 Millionen EUR investiert werden. Durch das Erdgeschoss an der Straßburger Straße wird dann auch die Zufahrt zu der Tiefgarage führen, die in einem Teil der ehemaligen Brauereikeller entstehen soll, wo noch bis in die 80er Jahre Champignons gezüchtet wurden. »Voraussetzung für die Realisierung dieses Projekts ist aber, dass wir dafür auch Fördermittel aus dem Programm »Gemeinschaftsaufgabe« erhalten, die wir Mitte Juli bei der Investitionsbank Berlin beantragt haben«, sagt Klaus Lemmnitz. Die Entscheidung der Vergabekommission fällt voraussichtlich im Dezember.

Sanierung geht weiter

Was die Bestandsgebäude betrifft, steht für 2011 der Umbau des ehemaligen, nach dem Auszug des jetzigen Hauptmieters dann leer stehenden Flaschenabfüllgebäudes an. Das Dach des zweigeschossigen Hauses wird erneuert und erhöht, und es entstehen Büroräume und bereits stark nachgefragte Ateliers.

Als größte Herausforderung dürfte sich jedoch der für 2013 geplante Umbau des ehemaligen Lagerhauses an der Ecke Straßburger/Saarbrücker Straße erweisen. Der langgestreckte, 1887 errichtete Backsteinbau mit seinem aus drei imposanten Tonnengewölben bestehenden Dach prägt aufgrund seiner Ecklage und beeindruckenden Architektur das Erscheinungsbild der gesamten Anlage. Nach Einstellung des Brauereibetriebs in den 1920er Jahren zu einem Parkhaus umgebaut und deshalb nur durch Rampen erschlossen, wird das Gebäude derzeit lediglich von einer Glaserei, einem Modellbauer und einem Fahrradrikschaverleih genutzt. Im Zuge seiner Umgestaltung sollen Treppenhäuser und ein Aufzug sowie ein großer Lichthof eingebaut werden und Räumlichkeiten für vielfältige Nutzungen entstehen. Das Dach wird unter Beibehaltung seiner architektonisch reizvollen Form durch eine Glasüberdachung ersetzt. Klaus Lemmnitz spricht in diesem Zusammenhang von einem krönenden Abschluss.



©Klinkenberg-Architekten

Dieser dreistöckige Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Königstadt-Brauerei soll später noch aufgestockt werden.

ren sich speziell dafür, wie die Genossenschaft ihr Entwicklungskonzept umsetzt. Das hatte sie vor sechs Jahren vorgelegt, als sie einen großen Teil des ehemaligen Brauereiareals, auf dem sie 1995 gegründet worden war, vom Liegenschaftsfonds erwarb. In der Berliner Volksbank e. G., die inzwischen zu den mehr als 60 Mitgliedern zählt, hatte sie damals ja auch einen potenten Finanzierungspartner gefunden.

»Zurzeit haben 38 Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe ihren Firmensitz auf dem Gelände, 33 gehören der Genossenschaft an. Bislang haben wir über sieben Millionen Euro in die Sanierung und den zeitgemäßen Ausbau des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudekomplexes investiert. Es ist eine interessante Nutzungsmischung entstanden, und die

den Stadterneuerung. Doch die Pläne der Genossen reichen weiter. »Noch befinden sich zwei der fünf Bestandsgebäude in unsaniertem Zustand. Doch ehe wir deren Umbau in Angriff nehmen, soll im Juli 2010 auf einer noch unbebauten Fläche an der Straßburger Straße der schon mehrmals verschobene Bau eines dreistöckigen Büro- und Produktionsgebäudes beginnen, das im Bedarfsfall später aufgestockt werden kann«, kündigt Lemmnitz an. Bauträger ist die Genossenschaft, alleiniger Nutzer wird die schon seit langem auf dem Gewerbehof ansässige Archimedes Solutions GmbH sein. Das florierende Unternehmen, das sich auch international einen Namen als Entwickler und Hersteller von Ausstellungs- und Präsentationssystemen gemacht hat und auf volle Auftragsbücher verwei-

Geförderte Wohnungen

Von Sylvia Hoehne-Killewald, Geschäftsführerin Mieterberatung Prenzlauer Berg

Das Bezirksamt Pankow hat für alle Wohnungen, die in den fünf Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg und im Gebiet am Falkplatz mit öffentlichen Geldern instandgesetzt und modernisiert wurden, das Belegungsrecht. Mit der Koordination hat das Bezirksamt seit 1993 die Mieterberatung Prenzlauer Berg beauftragt. Bis zum Jahre 2002 handelte es sich vorwiegend um Wohnungen, die im Rahmen der Sozialen Stadterneuerung modernisiert wurden.

Die Mieter erhielten vor Beginn der Baumaßnahmen einen Umsetzschein von der Sanierungsverwaltungsstelle im Bezirksamt und wurden dann mit Ersatzwohnungen versorgt. Die Mieter hatten die Wahl, ob sie die neue Wohnung nur für die Dauer der Sanierung nutzen, um nach Abschluss der Arbeiten in ihre ursprüngliche Wohnung wieder zurückzuziehen oder ob sie die neue Wohnung als Endumsetzwohnung akzeptierten. Mittlerweile ist die Zahl von sanierungsbetroffenen Mietern deutlich gesunken, und so werden freie Wohnungen entsprechend den Förderverträgen auch Mietern, die im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) sind, angeboten. Vorrang haben allerdings weiterhin die sanierungsbetroffenen Mieter aus dem Bezirk Pankow

Rolle der Eigentümer

Wenn der Eigentümer eines Mietshauses umfangreiche Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in seiner Immobilie durchführen will, kann er mit dem Bezirksamt einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abschließen. Die in diesem Haus von Sanierungsmaßnahmen betroffenen Mieter werden dann über die Mieterberatung Prenzlauer Berg einmalig mit einer anderen Wohnung versorgt. Im Gegenzug verpflichtet sich der Eigentümer gegenüber dem Bezirksamt, nach Abschluss der Sanierung für einen bestimmten Anteil der Woh-

nungen seinerseits ein Belegungsrecht an den Bezirk abzugeben. Diese Wohnungen unterliegen für die Dauer von drei Jahren einer Mietpreisbindung.

Mietinteressenten mit den entsprechenden Voraussetzungen werden in der Datenbank der Koordinierungsstelle in der Mieterberatung

Kontakt:

Koordinierungsstelle Wohnungen
Lettestraße 5, 10437 Berlin

Sprechzeiten:

Dienstag 14 bis 19 Uhr
Donnerstag 10 bis 12 Uhr

Per Telefon: ☎ 44 33 81 19
Montag 16 bis 18 Uhr

Auch außerhalb der Sprechzeiten können Sie sich erkundigen. Alle aktuellen Wohnungsangebote hängen im Eingangsbereich der Mieterberatung Prenzlauer Berg aus.

Prenzlauer Berg erfasst. In der Regel erhält der Bewerber drei Wohnungsangebote. Über alle weiteren Schritte und Konditionen, wie zum Beispiel über die Miethöhe und die zu erwartende Mietenentwicklung, wird ein Beratungsgespräch geführt. Unterstützung leisten die Mitarbeiter der Koordinierungsstelle auch bei der Abstimmung von Besichtigungsterminen und beim Mietvertragsabschluss.

Es werden ausschließlich Wohnungen im Bezirk Pankow und dort vor allem in den Gebieten Helmholtzplatz, Winsstraße, Böttzowstraße und Teutoburger Platz sowie am Kollwitzplatz und am Falkplatz vermittelt. Im Schnitt werden monatlich 35 Wohnungen zur erneuten Vermietung frei gemeldet. Die Vermieter können immer unter mehreren Wohnungsbe-

werben ihre Wahl treffen. Für manche Wohnungssuchende wird es dann schwer, eine Wohnung zu erhalten, insbesondere wenn Wohnungsbewerber einen negativen Schufa-Eintrag haben oder keine Bescheinigung über Mietschuldenfreiheit vorlegen können. In einigen Fällen kommt es dann vor, dass diese Wohnungsbewerber von den zuständigen Hausverwaltungen abgelehnt werden. Hier ist eine Wohnungsvermittlung sehr schwierig und nicht immer von Erfolg gekrönt. Hat die Koordinierungsstelle jedoch den Eindruck, dass Mieter von den Hausverwaltungen ohne nachvollziehbaren Grund abgelehnt werden, wird umgehend das Bezirksamt informiert, wo man sich dann mit den betreffenden Verwaltern auseinandersetzt.

Ein Bewerber, der seine Wohnungsangebote erhalten hat, ist verpflichtet, die jeweiligen Rücklauf Fristen einzuhalten, damit auch andere Bewerber die Chance für ein Wohnungsangebot haben. Die Koordinierungsstelle ist auch bemüht, auf die Wünsche der Wohnungsbewerber einzugehen. Die Wohnungsangebote werden entweder direkt beim Besuch in der Sprechstunde unterbreitet oder per Post zugesandt. An der Eingangstür der Mieterberatung Prenzlauer Berg in der Lettestraße 5 befindet sich auch ein Briefkasten für Rückantworten oder sonstige Papiere. Der Briefkasten wird mehrmals täglich geleert.

Intensive Kontrolle

Seit dem Jahre 2006 ist die Mieterberatung Prenzlauer Berg vom Bezirksamt auch mit der Belegungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen beauftragt. Am Jahresende wird zu den Ergebnissen dieser Kontrollen ein umfangreicher Bericht, vorgelegt, dessen zentrale Aussagen voraussichtlich in einer der nächsten Ausgaben von Vor Ort und im Sanierungsbeirat öffentlich vorgestellt werden. Die Kontrollen tragen auch dazu bei, dass die jeweiligen Eigentümer bzw. Hausverwaltungen die frei werdenden Wohnungen nicht in eigener Regie vermieten, sondern das Belegungsrecht des Bezirks beachten.



©STOFANEL Investment AG

Giovanna Stefanel-Stoffel mit Polier Torsten Schubert, Ludwig Maximilian Stoffel und Wolf Schulgen, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (von l. nach r.), beim Richtfest.

Illustres Richtfest

Auf der Großbaustelle Schwedter Straße 37-40 feierten der bayerische Investor Ludwig Maximilian Stoffel und seine Gattin Giovanna Stofanel am 23. September gemeinsam mit Bauarbeitern, Ingenieuren und Architekten sowie geladenen Gästen Richtfest für das Wohnquartier »Urban Village Marthashof«. In das Projekt, das 17 Gebäude mit 130 hochpreisigen Eigentumswohnungen und vier Gewerbeeinheiten umfasst, investiert das Familienunternehmen 65 Millionen EUR. Wolf Schulgen, Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der die Grüße des Regierenden Bürgermeisters überbrachte, würdigte das Vorhaben als wichtigen Beitrag zur Aufwertung des Sanierungsgebiets Teutoburger Platz. Das Richtfest markierte auch den Beginn des 3. Bauabschnitts, in dem die U-förmige Anlage durch einen dicht an Hinterhäuser in der Oderberger Straße grenzenden Gebäuderiegel komplettiert wird. Auf Anfrage von Vor Ort teilte die STOFANEL Investment AG mit, der 3.000 große Gartenhof des Quartiers werde tagsüber öffentlich zugänglich sein, abends

werde ein verschließbares Tor »für den nötigen Schutz der Bewohner sorgen«.

Linker Sieger

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 27. September gewann im Wahlkreis 77 (Prenzlauer Berg West, Pankow, Weißensee) Stefan Liebich (Linke) mit 28,8 Prozent der Erststimmen das Direktmandat. Auf den Plätzen folgen sein Vorgänger Wolfgang Thierse (SPD) mit 27,4 Prozent, Gottfried Ludwig (CDU) mit 17,4 Prozent, Heiko Thomas (Grüne) mit 16,4 Prozent und Martin Lindner (FDP) mit 5,9 Prozent der Stimmen. Thierse und Lindner sind über die jeweilige Parteiliste trotzdem in den Bundestag eingezogen.

Geteiltes Auto

Nachdem verschiedene Carsharing-Anbieter ihren im gegenseitigen Abschleppen von Fahrzeugen gipfelnden Streit um die Nutzung von Stellplätzen im öffentlichen Straßenland von Prenzlauer Berg in diesem Sommer beilegten, haben jetzt fünf Unternehmen der Branche, unter ihnen Greenwheels, DB

Carsharing und Stadtmobil, einen gemeinsamen Antrag auf 108 Stellplätze an 50 Standorten im Bezirk Pankow beim Bezirksamt eingereicht. Etwa 90 Prozent dieser vom Bezirk bei Bewilligung dann kostenlos zur Verfügung gestellten Stellplätze liegen in Prenzlauer Berg. »Den Antrag haben wir wohlwollend entgegen genommen, auch wenn wir wohl nicht jedem Wunsch nachkommen können«, erklärt der Stadtrat für Öffentliche Ordnung und Verkehr, Jens-Holger Kirchner. Zunächst werden sich diverse Gremien, unanster anderen auch der Verkehrsausschuss der BVV, mit dem Anliegen befassen. Frühestens Mitte 2010, so Kirchner, werde eine konkrete Zuweisung von Stellplätzen erfolgen.

Baustelle Wollankstraße

Anfang Oktober beginnen die Straßenbauarbeiten in der Pankower Wollankstraße zwischen dem gleichnamigen S-Bahnhof und der Breite Straße. Im Zuge der zweijährigen Arbeiten werden die Fahrbahn sowie der südliche Gehweg grundhaft erneuert. Das Großpflaster wird durch einen Bitumenbelag ersetzt, was zu einer erheblichen Lärminderung führt. Die finanziellen Mittel zur Fahrbahnsanierung werden aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung bereitgestellt.

Die Neuanlage der Gehwege wird aus Sanierungsmitteln des Senats finanziert. In der ersten Bauphase wird der westliche Teil der Wollankstraße in Pankow zwischen S-Bahnhof und Florastraße umgebaut. Die Mittelinsel wird während der Bauzeit entfernt und durch

eine Lichtsignalanlage ersetzt. Nach der Fertigstellung wird die Wollankstraße mit Parkbuchten und einem Radfahrangebotsstreifen ausgestattet sein. Außerdem werden sieben Straßenbäume gepflanzt. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betragen 2,33 Millionen EUR.

Baustelle Berliner

Die Grundsanie rung der Berliner Straße zwischen Grenzstraße und Breite Straße in Pankow hat seit dem 14. September eine weitere Dynamik erfahren, als die Berliner Wasserbetriebe aufwändige Kanalbauarbeiten in Angriff genommen haben und auch der Straßenneubau begonnen wurde. Zunächst sind vor allem die östliche Straßenhälfte der Berliner Straße, die Einmündung Hadlichstraße sowie Teile des westlichen Gehwegs betroffen. Ab Anfang Oktober wird deshalb die Berliner Straße in Richtung Norden ab Florastraße als Einbahnstraße eingerichtet. Der Verkehr in Richtung Süden wird für die Dauer der Bauzeit über Mühlentstraße und Florastraße geführt. Als Einbahnstraße wird in dieser Zeit auch die Hadlichstraße zwischen Damerowstraße und Berliner Straße ausgewiesen. Der Verkehr von Straßenbahnen und Bussen wird vorerst nicht unterbrochen. Die Gesamtbaumaßnahme ist mit 11,3 Millionen EUR veranschlagt, die mit über 5,7 Millionen EUR vor allem bei den Berliner Wasserbetrieben zu Buche schlagen. Der Bezirk Pankow ist mit 2,9 Millionen EUR vor allem für eine neue Fahrbahn und für neue Gehwege an den Umbaukosten beteiligt. Nach dreijähriger Bauzeit sollen die Bauarbeiten im Sommer 2012 ihren Abschluss finden.

Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5

Dienstag 14 bis 19 Uhr
Beratung mit Anwalt/Anwältin
17 bis 19 Uhr

Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr

Beratung mit Anwalt/Anwältin
16.30 bis 18.30 Uhr

Gebiet Humannplatz:

Donnerstag 10 bis 12 Uhr

Gebiet Grelstraße/Ostseestraße:

Mittwoch 14 bis 16 Uhr

mit Anwalt/Anwältin

☎ 4 43 38 10

Christburger Straße 44

Montag 10 bis 13 Uhr

Dienstag 14 bis 19 Uhr

Beratung mit Anwalt/Anwältin

16 bis 18 Uhr

Donnerstag 10 bis 13 Uhr, 14 bis 19 Uhr

Beratung mit Anwalt/Anwältin

16 bis 18 Uhr

☎ 40 05 38 72

Templiner Straße 17

Beratung mit Anwalt/Anwältin

Montag 15 bis 16.30 Uhr

Käthe-Niederkirchner-Straße 12

Beratung mit Anwalt/Anwältin

Montag 17 bis 19 Uhr

Gleimstraße 49/Eing. Kopenhagener Straße

Beratung mit Anwalt/Anwältin

Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr

Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12

Montag 15 bis 18 Uhr

Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr

Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr

☎ 91 20 58 13

Beratung mit Anwalt/Anwältin

Dienstag 17 bis 20 Uhr

Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72

Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr

ab 16 Uhr mit Rechtsanwalt

Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr

☎ 4 85 53 08

S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragter für die

Sanierungsgebiete in Prenzlauer Berg

Schwedter Straße 263, ☎ 44 36 36 30

Planungsgruppe WERKSTADT

Sanierungsbeauftragter für Weißensee

13086 Berlin, Gürtelstraße 13

Donnerstag 9 bis 18 Uhr, ☎ 29 47 747

Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow

10777 Berlin, Motzstraße 60

☎ 85 75 77 10

Sanierungs- verwaltungsstelle

10407 Berlin, Storkower Straße 97

☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)

☎ 90 295 35 81 (Pankow)

☎ 90 295 35 57 (Weißensee)

Betroffenen- vertretungen

Helmholtzplatz

Kiezladen, Dunckerstraße 14

Mieterberatung Dienstag 18 Uhr,

ab 19 Uhr BV-Treffen;
e-mail: bv.helmi@gmx.de

Teutoburger Platz

Templiner Straße 17

Mittwochs 18 bis 20 Uhr BV-Treffen

Winsstraße

Winsstraße 60;

☎ 44 01 06 35

2. und 4. Dienstag 20 Uhr BV-Treffen

Beratung mit Anwältin:

2. und 4. Freitag 16 bis 18 Uhr

Bötzowstraße

Niederkirchner-Straße 12;

☎ 4 25 11 00

1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen;

Mietrechtsberatung mit Anwalt:

jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr

Komponistenviertel

Mahlerstraße 12/14;

☎ 92 30 282

3. Donnerstag im Monat 19 Uhr BV-Treffen;

www.komponistenviertel.de

Wollankstraße

Florastraße 74;

☎ 43 72 47 25

1. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr BV-Treffen

Sprechzeit mittwochs 17 bis 19 Uhr



©Hartmut Seefeld

»Geht auf die Straße spielen!« forderten Eltern, Nachbarn und Erzieherinnen aus dem Bötzowviertel ganz provokant, woraufhin über 100 Kinder am Nachmittag des 11. Septembers für zwei Stunden die Straße Am Friedrichshain in Besitz nahmen. Mit Rollschuhfahren, Puppentheater, Trommelfeuer und Kreidezeichnungen bekehrten sie gegen die seit Jahren verzögerte Verkehrsberuhigung in dieser Straße auf, die ihren Kiez wie ein Riegel vom Volkspark trennt. »Wir wollen endlich Zebrastreifen und Tempo 30«, begründet die Schauspielerinnen Nina Kronjaeger die von ihr initiierte Aktion.

Impressum

Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung

Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH

Redaktion und V.i.S.d.P.

Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 62 28

e-mail seefeld@vorort-redaktion.de

Albrecht Mollé, ☎ 90 295 62 29

Fax 90 295 62 30; Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Gestaltung Hartmut Seefeld

Titelfoto Alexej Brykowski

Vertrieb Agentur Meinicke

Druck DMP Digitaldruck GmbH

Redaktionsschluss: 2. Oktober 2009